

Beschluss „Herausforderung der sozialen Marktwirtschaft“

Klausurtagung 2012

Soziale Marktwirtschaft – Unser Kompass für Wohlstand und Wachstum in Schleswig-Holstein

Die schleswig-holsteinische Wirtschaft steht gut da. Sie hat sich im Jahr 2011 sehr robust präsentiert. 2010 gelang der schleswig-holsteinischen Wirtschaft nur ein Jahr nach der tiefgreifenden weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise mit einem Wirtschaftswachstum von 2,3 Prozent eine beeindruckende Konjunkturwende. Die positive Trendumkehr hat sich in 2011 unvermindert fortgesetzt – sei es in der Industrie oder im Handwerk, im Baugewerbe oder im Maschinenbau, in der chemischen Industrie oder im Handel.

Die gute wirtschaftliche Entwicklung schlägt sich auch auf dem Arbeitsmarkt positiv nieder: In Schleswig-Holstein ist die Zahl der Arbeitslosen auf unter 100.000 gesunken. Seit der Regierungsübernahme durch die CDU wurde die Zahl der Arbeitslosen im Land damit fast halbiert; die Jugendarbeitslosigkeit wurde deutlich verringert. Es wurden viele sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze neu geschaffen. In einigen Kreisen im Hamburger Rand haben wir annähernd Vollbeschäftigung.

Auch wenn die schleswig-holsteinischen Unternehmerinnen und Unternehmen mit dem Jahr 2012 vielfach positive Erwartungen verbinden, wird die europäische Staatsschuldenkrise auch bei uns nicht ohne Auswirkungen bleiben. Das wirtschaftliche Wachstum wird sich aller Voraussicht nach verlangsamen. Viele Menschen blicken mit Sorge in den Süden Europas und nach Brüssel und damit auch in die eigene Zukunft.

Umso mehr gilt, dass wir auch weiterhin unsere Hausaufgaben machen, damit unsere heimische Wirtschaft von Entwicklungen im südlichen Europa nicht angesteckt wird. In den letzten Jahren ist es uns (gerade auch im europäischen und internationalen Vergleich) bereits gelungen, gestärkt aus der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise hervorzugehen. Dies gilt es fortzusetzen. Die Ausgangsvoraussetzungen sind gut, zumal die Chancen für zukünftiges wirtschaftliches Wachstum im Norden liegen: Die Häfen in Norddeutschland sind das Tor zur Welt. Der Außenhandel wird weiter zunehmen und damit auch der Umschlag und die wirtschaftliche Wertschöpfung über die norddeutschen Häfen. Beim Umstieg auf die Erneuerbaren Energien können Schleswig-Holstein und Norddeutschland mit erheblichen Windenergiekapazitäten und -potentialen auch stromintensiven Unternehmen – unabhängig vom Ausbau der Stromnetze – eine sichere Stromversorgung garantieren. Damit verfügt der Norden über zwei wichtige Standortvorteile. Diese Standortvorteile können eine partielle Kräfteverschiebung innerhalb Europas in Richtung Norden weiter begünstigen. Die Länder im Ostseeraum glänzen durch Wachstum und Innovation. Eine Erfolgsgeschichte die stark an jene der Hanse erinnert. Im engen Schulterschluss mit unseren Nachbarn im Ostseeraum kann es uns gelingen, Nordeuropa zur dynamischsten innovativsten Region Europas weiterzuentwickeln. Nordeuropa und speziell der Ostseeraum haben das Potential, sich als zukünftige Haupt-Wachstumsachse in Europa zu etablieren und Schleswig-Holstein kann an dieser Entwicklung teilhaben. Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich für eine abgestimmte Ostseestrategie im Norden ein. Schleswig-Holstein muss dabei Motor einer „Allianz für den

Norden“ werden – die vertiefende Kooperation mit Hamburg suchen, die gute Partnerschaft mit Dänemark weiter verbessern.

Unsere Hausaufgaben machen, das heißt zum einen, dass wir den Weg der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte unbeirrt fortsetzen und ab dem Jahr 2020 keine neuen Schulden mehr machen. Zum zweiten müssen wir auch weiterhin die richtigen Rahmenbedingungen setzen, damit unsere mittelständischen Unternehmen erfolgreich wirtschaften können. Dazu zählt in erster Linie der Ausbau der Infrastruktur – also der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur wie die A 20 mit der westlichen Elbquerung bei Glückstadt, die Feste Fehmarnbeltquerung oder der Nord-Ostsee-Kanal sowie der Ausbau der Breitbandinfrastruktur. Hinzu kommen die richtigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen.

Unsere mittelständische Wirtschaft ist mit rund 600.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der größte Arbeitsgeber und der größte Ausbilder im Land. Die ganz überwiegend familiengeführten Unternehmen haben sich in der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise als stabilisierender Faktor für die schleswig-holsteinische Wirtschaft erwiesen. Die Unternehmerinnen und Unternehmer haben besonnen und verantwortungsvoll reagiert und insbesondere auch zu ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gestanden. Das war einer der Gründe dafür, dass Schleswig-Holstein 2009 von der Weltwirtschaftskrise weniger stark erfasst wurde als andere Bundesländer.

1. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer mittelständischen Betriebe stärken.

Die „Offensive für Wachstum und Beschäftigung in Mittelstand und Handwerk“ hat nach der Finanz- und Wirtschaftskrise die richtigen Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Impulse gesetzt.

Mit den Finanzierungsinstrumenten „Kapital fürs Handwerk“ oder „Kapital für Handel und Gewerbe“, mit der Einführung von Mikrokrediten oder dem neuen Seed-und-Start up-Fonds wurden wichtige Finanzierungs- und Förderangebote für Unternehmerinnen und Unternehmern neu geschaffen, ausgebaut oder optimiert. Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs von Morgen wurde der mittelständischen Wirtschaft ein Bündel von rund 30 Einzelmaßnahmen zur Seite gestellt – diese reichen von der engeren Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft über Maßnahmen, die duale Ausbildung attraktiver zu gestalten, bis hin zur Stärkung der Weiterbildung im Land.

Wir wollen die Mittelstandsoffensive fortschreiben, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer heimischen Betriebe weiter zu stärken.

a) Die Innovationsfähigkeit im Mittelstand erhöhen.

Unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen können vielfach nicht ausreichende eigene finanzielle und personelle Kapazitäten für Forschungs- und Entwicklung vorhalten. Daher sind sie auf eine moderne öffentliche Forschungsinfrastruktur angewiesen. Die Entscheidung der CDU-geführten

Landesregierung, die Frauenhofer-Institute in Itzehoe und Lübeck mit erheblichen finanziellen Mitteln zu unterstützen, war daher wichtig und richtig. Doch neben der öffentlich geförderten Spitzenforschung müssen auch andere Akzente gesetzt werden. Dies fängt bei unseren kleinsten Mitbürgern an und erstreckt sich auch auf unsere mittelständischen Unternehmen.

Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, dass in den nächsten Jahren im engen Schulterschluss mit der Wirtschaft die naturwissenschaftliche, mathematische und technische Bildung von Jungen und Mädchen ausgebaut wird. Wir wollen, dass frühkindliche Bildungsinitiativen wie das „Haus der kleinen Forscher“ auch in Schleswig-Holstein Fuß fassen und mehrere „Häuser der kleinen Forscher“ an Kitas und Grundschulen entstehen.

Wir wollen unsere Wirtschaftsförderung auch nach 2013 auf eine Stärkung der Innovationsfähigkeit ausrichten. Ab 2014 beginnt die neue europäische Förderperiode, die wir auf die Schwerpunkte Forschung und Innovation sowie Energieeffizienz und erneuerbare Energien ausrichten wollen. Die wirtschaftsnahe Infrastruktur wollen wir gleichzeitig dort gezielt verbessern, wo sie spürbare Wachstumseffekte hat.

Um die Innovationsfähigkeit unserer Betriebe zu fördern, will die CDU Schleswig-Holsteins die Einführung von Innovationsgutscheinen an kleine und mittlere Unternehmen im Rahmen der nächsten Förderperiode prüfen. Mit den Innovationsgutscheinen sollen die Planung, Entwicklung und Umsetzung neuer Produkte und Dienstleistungen in einem schlanken Antrags- und Bewilligungsverfahren finanziell gefördert werden. Mit den Innovationsgutscheinen sollen bis zu 50 Prozent der Ausgaben gedeckt werden, die kleinen Unternehmen durch die Inanspruchnahme von Hochschul- oder Forschungseinrichtungen in Schleswig-Holstein entstanden sind.

b) Die Familienfreundlichkeit in unseren Betrieben stärken.

Die Sicherung des Fachkräftebedarfs von Morgen ist allein mit Blick auf die demographische Entwicklung eine der zentralen Herausforderungen für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in den nächsten Jahren. Dabei geht es vor allem darum, die bei uns vorhandenen Potentiale zu heben.

Wir können auf keinen jungen Menschen verzichten. Auch zukünftig werden wir ein besonderes Augenmerk darauf legen, dass Jugendliche nicht ohne einen qualifizierten Abschluss die Schule verlassen und eine faire Chance auf dem Arbeitsmarkt erhalten. Hierbei wollen wir mit Maßnahmen, die die Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen verbessern, oder mit ausbildungsbegleitenden Hilfen wie dem Projekt „Ausbildung direkt“ helfen.

Ein großes, bislang nicht gehobenes Potential für den Arbeitsmarkt liegt bei den Frauen, die gerne arbeiten wollen, es aber aufgrund fehlender

Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder fehlender Flexibilität des Arbeitgebers bislang nicht können. Wenn wir allein die Arbeitszeitwünsche von bislang nicht berufstätigen Müttern zusammen zählen, dann könnten wir rechnerisch kurzfristig über 1,5 Millionen Vollzeitarbeitskräfte bundesweit neu aktivieren. Dieses Potential will die CDU Schleswig-Holsteins gemeinsam mit Wirtschaft und Gewerkschaften heben.

Eine wichtige Voraussetzung für die spätere Berufstätigkeit ist der Berufsabschluss. Mit der Ausbildung in Teilzeit haben in Schleswig-Holstein seit 2006 über 1.200 ganz überwiegend junge Mütter die Chance erhalten, Ausbildung und Familie besser miteinander zu vereinbaren. Wir wollen für die Möglichkeit der Teilzeitausbildung bei unseren Betrieben weiter werben, um neue Teilzeitausbildungsplätze zu gewinnen.

Mit Blick auf die demographische Entwicklung wird die Vereinbarkeit der Pflege naher Angehöriger mit dem Beruf zunehmend an Bedeutung gewinnen. Schon heute beziehen in Deutschland rund 2,4 Millionen Menschen Leistungen aus der Pflegeversicherung. Mehr als 1,6 Millionen Menschen werden zu Hause versorgt – durch Angehörige und ambulante Dienste.

Die Pflege eines Angehörigen wird in den nächsten 15 Jahren die gleiche gesellschaftliche Tragweite und Bedeutung haben, wie die heutige Erziehung von Kindern. Der Wunsch der Menschen, ihre Angehörigen zu Hause zu pflegen und zugleich zu arbeiten, stößt jedoch oft auf Grenzen in der heutigen Arbeitswelt.

Um dieses aufzulösen, müssen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft gemeinsam neue Konzepte und Lösungen entwickeln. Die CDU-geführte Bundesregierung hat zum 1. Januar 2012 mit dem Familienpflegezeitgesetz einen ersten wichtigen Schritt hin zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf gemacht. Die CDU Schleswig-Holsteins will bei den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern für die bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf und bei den Betroffenen für die Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung durch das Familienpflegezeitgesetz werben. Eine wirkungsvolle Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ist jedoch vor allem auch auf gut ausgebaute lokale Strukturen angewiesen. Die CDU Schleswig-Holsteins will deshalb gemeinsam mit Kammern und Verbänden und vor allem auch den „Lokalen Bündnissen für Familien“ innovative und nachhaltige Lösungen erarbeiten.

c) Den Industrie- und Hafenstandort Unterelbe entwickeln.

Schleswig-Holstein und Hamburg sind aus Sicht der Wirtschaft längst eine gemeinsame Wirtschaftsregion, in der die Zusammenarbeit immer selbstverständlicher wird und die weiter an wirtschaftlicher Dynamik gewinnt. Dies gilt insbesondere für die Kooperation im Hafenbereich, die sich in den letzten Jahren zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg sehr gut weiterentwickelt hat. Ein Beleg dafür ist die Hafenkooperation Unterelbe.

Die CDU Schleswig-Holstein will die Wirtschaftsregion Unterelbe mit unseren Nachbarländern Hamburg und Niedersachsen als gemeinsamen Hafen- und

Industriestandort begreifen und gemeinsam entwickeln. Die Unterelberegion ist eine der interessantesten Wirtschaftsregionen Deutschlands, wenn wir die Elbe nicht als trennendes, sondern als verbindendes Element verstehen. Neben den Häfen entlang der Elbe bestehen vielfältige Schnittmengen bei den industriellen Schwerpunkten – nämlich in den Bereichen Luftfahrt, maritime Wirtschaft, Logistik, Erneuerbare Energien, Chemie.

Die Potentiale im Bereich der Häfen und der Industrie gilt es zu bündeln und in einer Bundesländer übergreifenden, also einer gemeinsamen trilateralen Hafen- und Industriestandortpolitik Unterelbe aufgehen zu lassen. In einem ersten Schritt wollen wir (nach dem Maritimen Cluster) ein weiteres trilaterales Cluster der chemischen Industrie gemeinsam mit Niedersachsen und Hamburg auf den Weg bringen.

d) Unsere mittelständischen Unternehmen im Ausland begleiten.

Der Außenhandel Schleswig-Holsteins hat sich zu einem wichtigen Erfolgsfaktor für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze entwickelt. Unser Land ist heute in einem nie gekannten Ausmaß in die Weltwirtschaft eingebunden. In den letzten 20 Jahren hat sich die Ausfuhr Schleswig-Holsteins nahezu verdreifacht. Seit 2005 sind die schleswig-holsteinischen Exporte um 13 Prozent gestiegen; die Exportwaren wurden zu fast drei Vierteln in europäischen Ländern abgesetzt.

Mit Blick auf die wirtschaftlich teilweise schwächelnden Mitgliedstaaten der Europäischen Union kommt der Erschließung von Märkten außerhalb Europas immer mehr Bedeutung zu. Bei der Erschließung und Sicherung ausländischer Märkte sollen unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen unterstützt werden. Wesentliches Instrument dazu ist die Außenwirtschaftsförderung, mit der Unternehmen motiviert werden sollen, sich am Exportgeschäft zu beteiligen. Hierzu zählen auch die Schleswig-Holstein Business Center. Wir wollen die schleswig-holsteinischen Unternehmen im Rahmen einer Roadshow offensiv über Möglichkeiten der Außenwirtschaftsfinanzierung und weitere Hilfestellungen bei der Erschließung ausländischer Märkte informieren.

2. Neue Arbeitsplätze mit gutem Lohnniveau schaffen

Auch wenn in den letzten zwei Jahren viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse neu entstanden sind, haben viele Menschen das Gefühl, dass immer weniger Beschäftigte von ihrem Lohn leben können. Sie haben den Eindruck, dass der Niedriglohnsektor erheblich ausgeweitet wurde und Vollzeit-Arbeitsplätze auf Arbeitsverhältnisse im Niedriglohnbereich oder auf Minijobs umgestellt wurden.

Ein Blick in die Statistik zeigt jedoch, dass die Zahl der Menschen, die Vollzeit beschäftigt sind, aber nur über niedrige Löhne (unterhalb 1800 Euro im Monat) verfügen, seit 2005 nur geringfügig gestiegen ist. Gleichwohl ist sie mit 27 Prozent zu hoch. Auch die gefühlte Ausweitung der Minijobs ist an den konkreten Zahlen kaum ablesbar: Richtig ist zwar, dass

gerade im Bereich der Gastronomie, der Saisonbetriebe im Tourismus und im Einzelhandel die so genannten Minijobs eine besondere Rolle spielen. Seit 2005 ist die Zahl der Minijobs aber nur geringfügig gestiegen. Im bundesweiten Vergleich hat Schleswig-Holstein daher die geringste Quote unter den westdeutschen Flächenländern.

Die CDU Schleswig–Holstein setzt sich auch weiterhin für ein gutes Lohnniveau bei uns im Land ein. Voraussetzung hierfür ist in erster Linie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unserer Betriebe, die wir weiter unterstützen wollen. Wir appellieren an die Betriebe, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Leistungskraft des Unternehmens teilhaben zu lassen und sie damit auch an sich zu binden.

Wir anerkennen die Bedeutung von Minijobs sowohl für die Betriebe in bestimmten Branchen wie auch für die Beschäftigten, die beispielsweise lediglich eine Nebentätigkeit suchen. Wir fordern die Betriebe dazu auf, dass dies nicht dazu führen darf, Stammbeschafteten abzubauen und in Minijobs umzuwandeln.

Die CDU Schleswig-Holstein hält es für notwendig, eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen einzuführen, in denen ein tariflich festgelegter Lohn nicht existiert. Die Lohnuntergrenze soll durch eine Kommission der Tarifpartner festgelegt werden und sich an den für allgemein verbindlich erklärten tariflich vereinbarten Lohnuntergrenzen orientieren. Die Festlegung von Einzelheiten und weiteren Differenzierungen obliegt der Kommission. Wir wollen eine durch Tarifpartner bestimmte und damit marktwirtschaftlich organisierte Lohnuntergrenze und keinen politischen Mindestlohn.

Der faire Wettbewerb der Unternehmen ist für die CDU Schleswig-Holstein die Voraussetzung für den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft. Deshalb haben wir bereits 2006 eine Erweiterung des Tariftreuegesetzes auf den Weg gebracht, um allgemeinverbindliche Löhne zur Grundlage bei öffentlichen Auftragsvergaben zu machen. Wir haben diese Tariftreuregelung europarechtskonform im neuen Mittelstandsförderungsgesetz fortgeschrieben. Die CDU Schleswig-Holstein wird auch künftig Tariftreuregelungen umsetzen, soweit sie rechtlich möglich und europarechtskonform sind.

Wir bekennen uns auch zur Arbeit der Träger, Anbieter und gemeinnützigen Unternehmen aus dem breiten Feld der „Sozialen Arbeit“.

3. Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft

Das Leitbild unserer Wirtschaftspolitik ist und bleibt die Soziale Marktwirtschaft. Sie steht wie keine andere Wirtschaftsordnung für die enge Verzahnung von unternehmerischer Freiheit und Verantwortung. Doch während sich die schleswig-holsteinischen Unternehmen gerade in der Zeit der Wirtschaftskrise durchgängig zu ihrer Verantwortung für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekannt haben, liegt eine Ursache der Wirtschaftskrise darin, dass sich einige Marktteilnehmer, speziell der Großfinanz, ihrer Verantwortung entziehen wollten: Gewinne privat einstreichen, Verluste aber auf die Allgemeinheit abwälzen zu wollen – das hat nichts mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu tun.

Wir wollen uns in unserer Wirtschaftspolitik vom Gedanken des ehrbaren Kaufmanns leiten lassen: Geschäfte in ethischer Verantwortung, getragen von klaren Spielregeln, von Moral und Gewissen. Wirtschaftsethik, Moral, Verantwortung und Gewissen umfassen den ganzen Menschen, sichern unseren sozialen Frieden und sind damit unabdingbar. Diesen Anspruch formuliert die CDU Schleswig-Holstein an die Wirtschaft in Gänze.